

Liebe Leserinnen und Leser,

Frieden, Freiheit, Demokratie - seit langen acht Monaten kämpft die Ukraine mit ganzer Kraft darum. Das Land wehrt sich standhaft gegen den brutalen Angriff Putins und verteidigt seine Werte, die auch die unseren sind.

Keiner hat deshalb den Sacharow-Preis für geistige Freiheit des Europaparlaments mehr verdient als das mutige ukrainische Volk, seine Soldaten, Bürger und Geflüchteten. Es ist ein Zeichen der Anerkennung und Solidarität der Europäerinnen und Europäer mit ihrem Nachbarn. Ich gratuliere den Preisträgern von ganzem Herzen!

Europa steht weiter solidarisch an der Seite der Ukraine - trotz oder gerade wegen der unmittelbaren Auswirkungen des Krieges auf uns.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission ihr neues Arbeitsprogramm für 2023 vorgestellt. Schon im Vorfeld haben wir, die CDU/CSU-Gruppe, uns dafür eingesetzt, dass die durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöste schwere Wirtschafts- und Energiekrise dabei unbedingt berücksichtigt werden muss. Bürger und Unternehmen brauchen jetzt spürbare Entlastungen und keine weiteren Belastungen und mehr Bürokratie.

Wir hätten uns hier noch mehr Mut und stärkere Zeichen an unsere Wirtschaft, Handwerker und Landwirte gewünscht. So hält die Kommission beispielsweise weiterhin an der unsäglichen Pflanzenschutzverordnung sowie am Lieferkettengesetz fest. Von Seiten der Abgeordneten braucht es hier immer wieder ein Korrektiv und den Blick für praktikable und praxisnahe Entscheidungen. Dafür setze ich mich mit aller Kraft ein.

Lesen Sie in meiner neuen Ausgabe mehr zum Sacharow-Preis und zum Arbeitsprogramm 2023 sowie zu weiteren wichtigen Themen, die mich in Brüssel und in meinem Wahlbezirk in den vergangenen Wochen beschäftigt haben!

Ich wünsche eine interessante Lektüre.

Mit freundlichen Grüßen,



Mein Europa

Sacharow-Preis für geistige Freiheit geht an das ukrainische Volk

Den renommierten Sacharow-Preis für geistige Freiheit verleiht das Europaparlament in diesem Jahr dem ukrainischen Volk. Damit zeichnen die Abgeordneten den Kampfeswillen und den Mut der Ukrainer und Ukrainerinnen aus, die sich mit aller Kraft gegen die russischen Angriffe auf ihr Land stemmen. Sie kämpfen auch für uns Europäer, um den russischen Imperialismus zu stoppen und ein friedliches Zusammenleben unter den Völkern Europas wieder zu sichern. Mit der Auszeichnung erkennt das Europaparlament die Leistung des ukrainischen Volks für die universellen und europäischen Werte an.

Gemeinsam mit den Fraktionsvorsitzenden hat Parlamentspräsidentin Roberta Metsola den diesjährigen Preisträger ausgewählt. Nominiert waren in diesem Jahr neben dem ukrainischen Volk auch Julian Assange sowie die kolumbianische Wahrheitskommission. Der mit 50.000 Euro dotierte Preis wird am 14. Dezember im Rahmen einer Zeremonie im Plenarsaal des Parlaments verliehen. Er wurde 1988 ins Leben gerufen, um Einzelpersonen und Organisationen zu ehren, die Menschenrechte und Grundfreiheiten verteidigen und ist nach dem sowjetischen Physiker und politischen Dissidenten Andrej Sacharow benannt.

EU-Arbeitsprogramm 2023 der EU-Kommission: Belastungen und Bürokratie vermeiden

In dieser Woche hat die EU-Kommission ihr neues Arbeitsprogramm für 2023 vorgestellt. Dieses gibt jährlich einen Überblick, welche Gesetzesinitiativen die EU-Kommission in den nächsten zwölf Monaten neu vorschlagen oder auch zurücknehmen will. Schon im Vorfeld der Vorlage dieses Programms hatte die CDU/CSU-Gruppe dafür plädiert, dass die durch den russischen Angriff auf die Ukraine ausgelöste schwere Wirtschafts- und Energiekrise dabei nicht unberücksichtigt bleiben darf. Denn das was Bürger und Unternehmen jetzt nicht brauchen können, sind weitere Belastung und Bürokratie.

[Hier](#) finden Sie die [Rede](#) unsere EVP-Fraktionsvorsitzenden [Markus Weber](#) (CSU).

Statement Caspary/Niebler zum Arbeitsprogramm 2023 der EU-Kommission

Zum von der EU-Kommission vorgestellten Arbeitsprogramm für 2023 erklären Daniel Caspary (CDU), Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe, und Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Inmitten der schweren Wirtschafts- und Energiekrise dürfen wir unsere Unternehmen nicht zusätzlich schwächen. Es ist deshalb gut, dass die EU-Kommission auf unser Drängen hin besonders belastende Gesetzesvorhaben wie die Chemikalienregulierung REACH verschieben wird. Auch die Ankündigung einer Prüfung der Gesetzgebung im Hinblick auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit ist ein positives Signal.

Nichtsdestotrotz hätten wir uns deutlichere Signale der Entlastung gewünscht. Die Rücknahme des für die Unternehmen extrem aufwändigen Lieferkettengesetzes wäre das richtige Zeichen an Handwerk und Mittelstand gewesen. Diese Chance hat die Kommission

leider verpasst. Gleichzeitig hat es die EU-Kommission versäumt, einen Schritt auf die europäische Landwirtschaft zuzugehen. Es ist vollkommen unverständlich, dass sie unerbittlich an der Pflanzenschutzverordnung festhält. Diese neuen Vorschriften werden zu einem massiven Produktionsrückgang von Lebensmitteln in Europa führen. In Zeiten einer drohenden Hungersnot ist dies schlicht fahrlässig.

Die gefährliche Mischung von hoher Inflation und hohen Rohstoff- und Energiepreisen bringt Unternehmen und Bürger an die Belastungsgrenze. Wir als CDU/CSU-Gruppe fordern deshalb schon seit Monaten einen Belastungsstopp. Unsere Unternehmen brauchen dringend eine Gesetzgebung, die sie entlastet und Planungssicherheit bietet. Es ist jetzt nicht die Zeit für zusätzliche bürokratische Auflagen. Ansonsten riskieren wir die Schwächung unserer globalen Wettbewerbsfähigkeit.“

Für weitere Informationen:

Daniel Caspary MdEP, Tel. +33 388175978

Prof. Dr. Angelika Niebler MdEP, Tel. +33 3881 77390

Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der hohen Energiepreise und Gewährleistung der Versorgungssicherheit

Die EU-Kommission veröffentlichte ein neues Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der hohen Energiepreise und Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Dazu erklärt **Angelika Niebler (CSU)**, Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe und Vorsitzende der CSU-Europagruppe:

„Die heute vorgestellten Maßnahmen sind überfällig. Die EU muss endlich ihre gesamte Marktmacht nutzen und gemeinsam Gas einkaufen, sodass sich Mitgliedsstaaten nicht weiter untereinander überbieten. Der gemeinsame Beschaffungsmechanismus für Gas ist insbesondere im Hinblick auf den Winter 2023 wichtig, wenn die Gasspeicher aller Voraussicht nach ganz ohne russisches Gas gefüllt werden müssen.

Auch der gezielte dynamische Gaspreisdeckel für den Gashandelspunkt TTF und die Vorhaben gegen zu starke Preisschwankungen scheinen auf den ersten Blick als zeitlich befristete Maßnahmen sinnvoll. Ob sie die Erwartungen erfüllen, muss eine genaue Prüfung zeigen. In jedem Fall sind solche komplexen Markteingriffe jedoch nur eine Brücke. Ziel muss sein, so schnell wie möglich den geplanten neuen Preisbenchmark für Flüssiggas (LNG) einzuführen.

Ich fordere die Mitgliedstaaten auf, diese Maßnahmen schnellstmöglich zu beschließen. Ohne die Europa bremsende Ampelregierung hätte es die heutigen Vorschläge schon viel früher gegeben. Ich erwarte deutliche Signale des Europäischen Rats Ende dieser Woche, dass der zeitlich begrenzte Gaspreisdeckel und der gemeinsame Einkauf nun zügig umgesetzt werden. Europa hat schon genug Zeit verloren.“

Meine Rede im EU-Parlament: G20 Ernährungssicherheit

„Wir brauchen weltweit nicht weniger, sondern mehr Landwirtschaft! Trauen wir unseren Bauern einfach mehr zu. Es braucht mehr Wissenschaft, mehr Innovation, mehr Investitionen für eine nachhaltige Landwirtschaft, für widerstandsfähige Agrarlebensmittelsysteme. Die Verfügbarkeit von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln für gesunde

Pflanzen, ihr effizienter Einsatz und auch die Reduzierung von Nahrungsmittelverlusten und weniger Verschwendung sind essenziell.“

Meine ganze Rede vor dem EU-Parlament am 19. Oktober finden Sie [hier](#) sowie auf meiner [Website](#) zum Nachlesen.

Heimisches Holz soll Rohstoff zur Energieerzeugung bleiben

Die EU-Kommission hatte im Juli 2021 im Rahmen des Fit-for-55-Pakets eine Novelle der Erneuerbare-Energien-Richtlinie vorgeschlagen ("RED III"), welche die Energieerzeugung aus Waldholz erschweren würde. Für den heimischen Landtagsabgeordneten Norbert Dünkel ist das der falsche Weg: „Auch bei uns im Nürnberger Land hat die Nachfrage nach Brennholz deutlich zugenommen. Folglich steigen die Preise. Im Vergleich zu 2021 zahlt man mittlerweile mehr als das Doppelte für den Ster Holz. Die Pläne der EU-Kommission würden diese Entwicklung nun weiter verschärfen. Wir müssen in der derzeitigen Energienotlage alle verfügbaren Energiepotenziale nutzen, um eine Mangellage zu vermeiden und die Energiepreise zu senken.

Die gemeinsame Pressemeldung von Norbert Dünkel MdL und mir mit dem Fokus auf Holzenergie lesen Sie [hier](#).

Wir brauchen dringend eine Düngemittelstrategie!

Die Vielfalt wichtiger Nährstoffe ist essentiell für gute Erträge und hochwertige Nahrungsmittel. Eine ausgewogene Ernährung ist das A & O für unsere Ackerböden und Ackerkulturen, aber auch für uns Menschen!

Ob Gärtner, Weinbauern, Tierhalter und Futtermittelerzeuger - alle sind zutiefst besorgt und blicken mit großer Hoffnung auf uns! Mineralischer Stickstoffdünger ist mittelfristig nicht durch andere Stoffe ersetzbar! Der Stickstoff aus Gülle und Mist wird weniger, weil wir die Tierhaltung aus Europa treiben!

Eine europäische Düngemittelstrategie muss unser gemeinsames Ziel sein!

[Hier](#) finden Sie meine ausführliche Rede im Plenum.

Statement Hohlmeier (CSU) zum Jahresbericht des EU-Rechnungshofs

Der Europäische Rechnungshof hat seinen Jahresbericht für das Jahr 2021 veröffentlicht. Dazu erklärt Monika Hohlmeier (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments:

„Der EU-Wiederaufbaufonds bereitet dem Haushaltskontrollausschuss große Sorgen. Das eingeschränkte Prüfurteil des Rechnungshofs für die erste Zahlung aus dem EU-Wiederaufbaufonds ("Recovery and Resilience Facility / RRF") 2021 an Spanien könnte zu Fehlinterpretationen führen, dass alles in Ordnung ist.

Dieser Jahresbericht ist alles andere als ein Blankoscheck. Hinsichtlich der Umsetzung des RRF stellen sich für die Haushaltskontrolle eine Vielzahl ganz grundlegender Fragen. Der vor etwa einem Monat veröffentlichte Sonderbericht des Europäischen Rechnungshofs

21/2022 zur Bewertung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne durch die Kommission hat die Probleme deutlich benannt.

Der RRF basiert bei der Auszahlung auf sogenannten Meilensteinen und zu erreichenden Zielen. Zwischen den für die Auszahlung relevanten Meilensteinen und Zielen auf der einen Seite und den von den Mitgliedstaaten national geplanten Projekten und Programmen besteht jedoch kein direkter Zusammenhang. Es werden große Summen aus dem Wiederaufbaufonds früh abgerufen, große damit zusammenhängende Projekte werden aber teilweise erst in einigen Jahren realisiert. Die Kommission hat bis heute noch keine Methodologie entwickelt, wie Auszahlungen verringert werden, wenn Meilensteine und Zielsetzungen nicht erfüllt sind. Meilensteine und Zielwerte sind unklar formuliert und definiert. Die Haushaltskontrolle wird damit entscheidend erschwert. Die Prüfungen werden bisher ausschließlich am Schreibtisch durchgeführt und nicht auf ihre reale Umsetzung hin kontrolliert. 36,4 Milliarden Euro Vorabzahlungen gingen völlig ohne Konditionen an die EU-Mitgliedstaaten.

Der Haushaltskontrollausschuss wird von der Kommission und den Mitgliedstaaten klipp und klar einen Bericht verlangen, in dem transparent dargelegt wird, welche Projekte und Maßnahmen von EU-Geldern bezahlt wurden und welche nationalen Anteile an Geldern in die Projekte miteingeflossen sind. Aufgrund der mangelnden und unpräzisen Informationen an den Europäischen Rechnungshof war es diesem nicht möglich, eine tatsächliche Prüfung der Projekte und Maßnahmen durchzuführen. Nicht einmal eine grundlegende Überprüfung der Einhaltung von nationalen und europäischen Vorschriften wurde vorgenommen. Da jedoch die Auszahlung an sogenannte Meilensteine gebunden ist, diese wiederum in keiner direkten Verbindung zu den geplanten Projekten und Maßnahmen stehen, ergibt sich die logische Frage wofür die Gelder eigentlich ausgegeben wurden?

Die schon zu Zeiten des Gesetzgebungsverfahrens vom Europäischen Parlament geäußerte Kritik scheint sich bedauerlicherweise zu bewahrheiten. Das Europäische Parlament erwartet von der Kommission umfassende Auskünfte.“

Haushaltsentlastung der EU-Grenzschutzagentur Frontex

Das Europäische Parlament stimmte über die Haushaltsentlastung der EU-Grenzschutzagentur Frontex für das Haushaltsjahr 2020 ab. Dazu erklärt Monika Hohlmeier (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses:

„Es spricht nichts dagegen, Frontex die Haushaltentlastung für 2020 zu erteilen. Im Frühjahr 2022 wurde die Entlastung aus guten Gründen auch mit Stimmen der EVP verschoben. Ausschlaggebend dafür waren jedoch nicht die Berichte über illegale Push-backs an den Grenzen, sondern interne Verfehlungen und weitreichende Führungsprobleme im Haushaltsjahr 2020, die noch nicht ausreichend aufgearbeitet wurden. Zudem fehlten dem Europäischen Parlament wichtige Informationen, ob es weitere Verfehlungen (z.B. finanzieller Art) gab.“

Mittlerweile gibt es Klarheit. Es gab keine finanziellen Verfehlungen und das Management-Problem beschränkte sich auf drei Führungspersonen. Frontex hat die Zeit genutzt, um die Management-Probleme zu lösen. Verantwortlichkeiten wurden klar definiert und neu eingeteilt. Die Zusammenarbeit mit dem Grundrechtsbeauftragten gestaltet sich mittlerweile positiv und die Einstellung von Mitarbeitern im Grundrechtsbereich ist in vollem Gange.

Die Beamten haben in äußerst schwieriger Zeit komplizierte Aufgaben an unseren Grenzen zu bewältigen. Nachdem die Probleme innerhalb von Frontex zum größten Teil beseitigt sind, möchte die EVP mit ihrer Abstimmung den Grenzschutzbeamten ihren Respekt und Rückhalt zeigen, ohne die Kritik an den damaligen Führungspersonen außer Acht zu lassen."

Lena Düpont (CDU), Vorsitzende des Frontex-Kontrollgremiums des Europaparlaments erklärt:

„Die administrativen Mängel wurden behoben, die Empfehlungen des Frontex-Kontrollgremiums umgesetzt und Einzelne für ihr Fehlverhalten zur Rechenschaft gezogen. Diese Verbesserungen in so kurzer Zeit unter den schwierigsten geopolitischen Bedingungen sollten statt einer politisch motivierten Kampagne, die ausschließlich auf eine Schwächung der Agentur abzielt, anerkannt werden.

Die EVP-Fraktion wird Frontex weiterhin bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützen. Die Unterstützung der Mitgliedstaaten beim Schutz der EU-Außengrenzen bleibt unverzichtbar, gerade in Zeiten zunehmender Migrationsströme. Ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Kontrollen an den Binnengrenzen ist ohne wirksamen Schutz der Außengrenzen nicht denkbar.“

Europaparlament fordert Beitritt zum Schengen-Raum für Bulgarien und Rumänien

Freie Fahrt für freie Bürger: Das Europaparlament hat in dieser Plenarwoche den Beitritt von Rumänien und Bulgarien zur grenzkontrollfreien Schengen-Zone gefordert. Beide Länder erfüllen bereits seit Jahren die nötigen Anforderungen. Die Abgeordneten wiesen darauf hin, dass Bulgarien und Rumänien die Migrationskrisen, Pandemiebeschränkungen und jetzt die Ankunft von Millionen von Kriegsflüchtlingen in vorbildlicher Weise und unter immensem Druck bewältigt hätten. Der Ausschluss sei diskriminierend und behindere den EU-Binnenmarkt, hieß es. Die Abgeordneten forderten die Mitgliedstaaten auf, ihre Blockadehaltung aufzugeben und dem Beitritt beider Länder zu Schengen beizutreten.

Für CDU/CSU steht fest: Der Schengen-Raum ist eine europäische Erfolgsgeschichte und das Herzstück des europäischen Projektes. Dank Schengen werden Barrieren abgebaut, Bürger und Bürgerinnen einander nähergebracht sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit enorm gestärkt. Gleichzeitig trägt der Schengen-Raum mit seinen strengen Anforderungen zum Schutz der EU-Außengrenzen bei. Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu Schengen können die Außengrenzen besser geschützt und die innere Sicherheit gestärkt werden.

Statement Düpont zu Schengen-Beitritt Rumänien & Bulgarien

Das Plenum hat seine Position zum Beitritt Rumäniens und Bulgariens zum Schengenraum angenommen. Hierzu erklärt die innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Gruppe, Lena Düpont (CDU):

„Der Schengen-Raum ist eine europäische Erfolgsgeschichte und das Herzstück des europäischen Projektes. Dank Schengen werden Barrieren abgebaut, Bürger und Bürgerinnen einander nähergebracht sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit enorm gestärkt.

Gleichzeitig trägt der Schengen-Raum mit seinen strengen Anforderungen zum Schutz unserer Außengrenzen bei. Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zu Schengen können wir unsere Außengrenzen besser schützen und unsere innere Sicherheit stärken.

Bulgarien und Rumänien sollten endlich vollständig dem Schengen-Raum beitreten können. Beide Länder erfüllen schon seit Jahren die nötigen Anforderungen. Sie haben Migrationskrisen, Pandemiebeschränkungen und jetzt die Ankunft von Millionen von Kriegsflüchtlingen in vorbildlicher Weise und unter immensem Druck bewältigt. Jetzt müssen sich die Mitgliedstaaten bewegen. Wir fordern den Rat auf, Bulgarien und Rumänien endlich den Zugang zu gewähren, den sie verdienen. Die Jahre des Wartens müssen ein Ende haben. Wir brauchen jetzt Taten und keine Ausreden mehr. Der Platz Bulgariens und Rumäniens ist im Schengen-Raum.“

Schnellerer Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe

Einen schnelleren und klügeren Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe forderte das Europaparlament in dieser Woche. Ziel der Verordnung über den Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (AFIR) ist es, ein ausreichendes Infrastrukturnetz für das Aufladen und Betanken von Straßenfahrzeugen und Schiffen mit alternativen Kraftstoffen zu gewährleisten. In ihrer Positionierung dazu forderten die Abgeordneten unter anderem Elektro-Ladestationen für leichte Nutzfahrzeuge alle 60 km entlang der Hauptverkehrsstraßen der EU. Für die Ladeinfrastruktur für schwere Nutzfahrzeuge soll die maximale Entfernung auf 100 km festgelegt werden. Wasserstofftankstellen sollen bis Ende 2027 alle 100 km an den Hauptverkehrsstraßen der EU gebaut werden. Zudem will man mehr Flexibilität und hat für Straßen mit geringem Verkehrsaufkommen Ausnahmen vorgesehen. So können einzelne Standorte beide Verkehrsrichtungen bedienen oder die maximale Entfernung zwischen den Standorten kann vergrößert werden.

Für CDU/CSU ist es wichtig, dass der Ausbau schnell in ganz Europa vonstatten geht und die Infrastruktur einfach zu nutzen ist. Mit dem für 2035 vorgesehenen Aus für den Verbrennungsmotor wird der Bedarf an Lade- und Betankungsinfrastruktur in Europa sehr schnell deutlich wachsen. Aktuell besteht vor allem in Westeuropa- und Nordeuropa eine für den heutigen Bedarf angemessene Infrastruktur bereit. Viele andere Länder hängen aber gerade bei Elektrotankstellen deutlich hinterher. Wenn in ganz Europa keine Verbrenner mehr verkauft werden dürfen, muss auch in ganz Europa die notwendige Infrastruktur vorhanden sein. Der Ausbau der Infrastruktur muss deshalb ein Erfolg für ganz Europa werden, nicht nur für einige weniger EU-Staaten.

Mein Mittelfranken

Wiederwahl: Volles Vertrauen in meine Arbeit als Landesvorsitzende der AG ELF

Bei der Landesversammlung der Arbeitsgemeinschaft für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten der CSU standen turnusgemäß Neuwahlen an. Mit einem beeindruckenden Ergebnis von 100 Prozent bestätigten die anwesenden Delegierten mich im Amt als Landesvorsitzende der AG ELF.

Ich freue mich sehr über das überragende Ergebnis und danke allen Delegierten und Mitgliedern der AG ELF für den immensen Vertrauensbeweis.

Meine Pressemeldung zur Landesversammlung mit Neuwahl lesen Sie [hier](#).

50 Jahre CSU Ortverband Engelthal



Der CSU Ortverband Engelthal feierte 50-jähriges Bestehen. Herzliche Gratulation zum Jubiläum. Unsere Ortsverbände mit ihren Vorsitzenden und Mitgliedern sind das Herzstück unserer Partei. Sie prägen unser schönes Bayern und tragen entscheidend zum Erfolg unseres Landes und unserer Kommunen bei. Mein Dank geht stellvertretend an den amtierenden Ortsvorsitzenden Horst Wild. Macht weiter so!

Regional, global und nachhaltig wird in Schwarzenbach großgeschrieben

Wie das effektiv gelingt, davon konnte ich mich bei der Betriebsbesichtigung der Lallemand-DHW GmbH in Schwarzenbach an der Saale, Oberfranken, überzeugen. Das Unternehmen verfolgt einen nachhaltigen Produktionsansatz, u.a. durch den angeschlossenen Biogasreaktor der Strom für das Werk sowie für den Ort erzeugt. Begleitet hat mich mein lieber Kollege und CSU-Agrarsprecher im Bay. Landtag, Martin Schöffel, MdL. Auch Bürgermeister Hans-Peter Baumann hat sich für den Austausch viel Zeit genommen.



Die Lallemand-DHW GmbH ist weltweit Marktführer in der mikrobiellen Fermentation mit Hefen und Bakterien in der Nutztierhaltung. Interessant war für mich also auch der Austausch über den geplanten Vorschlag der EU-Kommission, die Verordnung zur Zulassung der Futtermittelzusatzstoffe in der EU zu überarbeiten. Denn die Zulassung von Lebensmittelzusatzstoffen scheint hier sehr unterschiedlich geregelt zu sein.

Gespräche vor Ort mit den Betroffenen und Zuhören sind für meine politische Arbeit in Brüssel essentiell wichtig.

Herzensangelegenheiten

Welternährungstag: Landwirtschaft trägt zur Konfliktvermeidung bei

Davon bin ich überzeugt: „Dort, wo Menschen Hunger leiden, sind Konflikte vorprogrammiert. Die Landwirtschaft spielt eine entscheidende Rolle, um diese Krisenpotenziale zu bekämpfen. Die wachsende Weltbevölkerung will ernährt werden. Wir brauchen bis 2050 mindestens 50 Prozent mehr Lebensmittel. Deshalb muss die Politik unsere Landwirtinnen und Landwirte auf allen Ebenen - regional, national und global - unterstützen.“

Lesen Sie meine vollständige Pressemeldung zum Welternährungstag [hier](#).

Landfrauen sind das Rückgrat der ländlichen Räume

Landfrauen sind echte Powerfrauen und das Rückgrat der ländlichen Regionen sowie vieler landwirtschaftlicher Betriebe. Doch obwohl Frauen hier hohe Verantwortung tragen, sind aktuell nur elf Prozent der Betriebsleiter in Deutschland weiblich - so das Ergebnis einer im September veröffentlichten Studie. Ohne eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an wirtschaftlichen Ressourcen und an politischen Entscheidungen können die großen Herausforderungen dieser Welt nicht gelöst werden. Das gilt in Europa und weltweit.

[Hier](#) finden Sie meine vollständige Pressemeldung zum Internationalen Tag der Frauen in ländlichen Gebieten.

Die Bayerische Honigkönigin 2019-2022 war zu Besuch in Straßburg



Meine Kollegin Angelika Niebler und ich haben uns mit Katharina Gegg - sie baut im Berufsleben Airbags und ist fachlich sehr, sehr fit - über eines der großartigsten Lebensmittelprodukte überhaupt ausgetauscht: Den Honig. Gewusst? Nur rund 30% des verkauften Honigs in Deutschland stammt auch aus Deutschland stammt.

Beim Honig ist regional Trumpf, nicht nur wegen der hervorragenden Qualität. Natürlich kann auch Honig jederzeit importiert werden, die Bestäubungsleistung der Bienen jedoch nicht. Deswegen kauft den Honig bei eurem Imker um die Ecke. Seine Bienen kümmern sich um unsere heimische Flora. Diese Leistung sollte uns auch der Preis wert sein.

Bienen und Landwirtschaft ist kein Widerspruch, wie uns manche glauben machen wollen. Im Gegenteil: Es gibt zahlreiche gemeinsame Projekte, die Imker und Bauern gemeinsam angestoßen haben und der gesamten Bevölkerung zu Gute kommt. Dazu gehören zum Beispiel das Bienenzentrum in Ellenbach.

Und an den Landwirtschaftlichen Lehranstalten in Triesdorf kann man sich z.B durch die Ausbildung zum Tierwirt mit der Fachrichtung Bienen weiterqualifizieren.

Lesenswert

Artikelempfehlung BR24: "Putin versucht Europa zu spalten"

Die Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine treffen auch die deutsche Wirtschaft schwer. Das BR24-Interview von DIW-Leiter Professor Marcel Fratzscher können Sie [hier](#) nachlesen. Er erklärt, mit welchen Problemen wir in Zukunft zu kämpfen haben werden.

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51
mittelfranken@marlenemortler.eu

www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Daniela Seifart, Marlene Nagl

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.